

Jan Schlemmermeyer

Kritik der Politik als Politikwissenschaft? Zur Aktualität der Staatstheorie von Johannes Agnoli und den Chancen einer kategorialen Marxrezeption

In den letzten Jahren wurde in den akademischen Debatten der materialistischen Staatstheorie eine klare Perspektive auf die Transformationen des Staates etabliert: Die Ansicht, dass Staatlichkeit im Kapitalismus als die „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses“ (Poulantzas 2002:159) zu begreifen und also auch die historische Entwicklung von politischen Apparaten und Strategien wesentlich als das Produkt sozialer Kämpfe zu analysieren ist, hat sich hier weithin als der – der Treppenwitz sei erlaubt – hegemoniale Untersuchungsansatz durchgesetzt¹. Trotz aller Verdienste, die dieses Paradigma insbesondere bei der Beschreibung der jüngsten Transformationsprozesse von Staatlichkeit und der Überwindung eines funktionalistischen Seminar marxismus erworben hat, ging damit jedoch eine gesellschaftstheoretische Unschärfe einher. Kapitalistische Herrschaftsverhältnisse erscheinen aus dieser hegemonie-theoretischen Perspektive, entweder als äußere, *statische Grenzen* von sozialen Kämpfen oder nur noch als das Ergebnis von *ingeschliffenen Handlungsrou-tinen*. Motor der Geschichte im Kapitalismus sind demnach in jedem Fall die tendenziell kontingenten, politischen Kämpfe sozialer Akteure; die *systemischen Dynamiken* kapitalistischer Entwicklung können so kaum gedacht werden. Beispielhaft kommt dies etwa in der populären Diagnose zum Ausdruck, dass Globalisierung als wesentlich „politische Strategie entschlüsselt werden [kann], mit der die im Fordismus erkämpften Klassenkompromisse aufgebrochen werden konnten“ (Wissel/Wöhl 2008: 9). Damit ergibt sich zumindest die Gefahr, entgegen dem Anspruch materialistischer Theorie, bei der bloßen Deskription gesellschaftlicher Prozesse stehen zu bleiben.

Im Folgenden wird daher zunächst ein Blick auf dieses problematische Paradigma geworfen. Anknüpfend an eine Systematisierung von Johannes Agnolis Überlegungen zur „Kritik der Politik“ soll dann aufgezeigt werden, dass eine andere, materialistische Staatstheorie möglich ist, die versucht soziale Kämpfe

1 Eine andere materialistische Perspektive auf den Staat haben demgegenüber Teile der außer-universitären Linken entwickelt (vgl. Ums Ganze 2009).

als *Momente der kapitalistischen Reproduktion durch Transformation* zu begreifen. Gerade für die Frage nach den emanzipatorischen Perspektiven eines „radikalen Reformismus“ in der aktuellen Krise (vgl. Candeias 2009, Demirović 2009) beanspruchen diese theoretischen Überlegungen auch eine praktische Relevanz. Darüber hinaus verweisen sie auf divergierende Interpretationen einer *materialistischen Gesellschaftstheorie als Ganzer*, die diesem staatstheoretischen Disput offensichtlich zugrundeliegen. Das verdeutlicht die Notwendigkeit, bei der Analyse der historischen Transformationsprozesse der politischen Ökonomie (wieder) eine Diskussion darüber zu führen, was eigentlich gemeint ist, wenn von Kapitalismus die Rede ist. Dafür bietet sich abschließend der, bisher in der staatstheoretischen Diskussion vernachlässigte, Ansatz einer *kategorialen Marxrezeption* an. Schließlich beansprucht dieser nicht weniger, als den „im Grunde metaphysischen Gegensatz von Determinismus und Kontingenz“ (Postone 2008: 21) zugunsten einer Analyse zu überwinden, die kapitalistische Herrschaft als eine qualitativ neue soziale Form und historisch-dynamisch begrift, d.h. als eine, die *selbst* „eine historische Dynamik hervorbringt“ (ebd.: 20).

Risse im Paradigmakern der materialistischen Staatstheorie

Ein Blick auf die neueren Veröffentlichungen der materialistischen Debatte über den Staat vermittelt den Eindruck, als sei – zumindest auf der Ebene des Analyserahmens – das Größte geschafft. Natürlich gibt es nach wie vor unterschiedliche Schwerpunkte und partielle Differenzen, etwa in Bezug auf die Frage nach dem Stellenwert der Marxschen Formanalyse (z.B. Demirović 2007: 238, Kannankulam 2008: 51 ff., Hirsch/Kannankulam/Wissel 2008: 18). Insgesamt aber scheint der Staat als einstmaliger weißer Fleck der kritischen Gesellschaftstheorie theoretisch durchdrungen. Basierend auf einem handlungstheoretischen Verständnis der kapitalistischen Gesellschaft und einem entsprechendem Begriff des Staates als der materiellen Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse (Hirsch 2005, Bretthauer/Gallas/Kannankulam/Stütze 2006) steht demnach nun vor allem die empirische Erforschung der *politischen Auseinandersetzungen* um konkrete Transformationsprozesse sowie die Erklärung der Gleichzeitigkeit und Multiskalarität der Entwicklung von Staatlichkeit im globalen Maßstab auf der Tagesordnung (Wissel 2007, Brand/Görg/Wissen 2007). Bei einem genaueren Blick auf den theoretischen Rahmen fällt jedoch auf, dass die Vermittlungsweise der strukturellen Zwänge kapitalistischer Gesellschaft mit den Handlungen von sozialen Akteuren unklar bleibt. Stattdessen scheinen die angebotenen Lösungen auf eine *unvermittelte Ambivalenz* oder gleich auf deren *Verseinseitigung* zugunsten einer *reinen Akteurszentrierung* hinaus zu laufen. Beispielhaft lässt sich diese Zwickmühle der materialistischen Staatstheorie anhand der Überlegungen von Alex Demirović und Joachim Hirsch aufzeigen.

Sie unterscheiden sich zwar teilweise deutlich in ihrer Konzeption von Staatlichkeit, vertreten aber beide eine „eher handlungsorientierte Variante der materialistischen Theorie“ (Hirsch 2005: 18). Mithin gehen sie beide, wengleich mit unterschiedlicher Akzentuierung, von dem klassischen Problem aus, das ein Autorenkollektiv (darunter Joachim Hirsch) schon in der Staatsableitungsdebatte der 1970er Jahre treffend als „analytischen Zirkel“ bezeichnet hat. Gemeint ist damit, dass der Zusammenhang zwischen polit-ökonomischen Formzwängen und sozialen Kräfteverhältnisse auf der empirischen Ebene nur mit Hilfe eines *Zirkelschlusses* analysiert werden könne: „Kräfteverhältnisse und die Entwicklung von Klassenkämpfen müssen – vermittelt über die objektiven Gesetzmäßigkeiten des Reproduktionsprozesses – mit Kräfteverhältnissen und dem Ergebnis von Klassenkämpfen erklärt werden“ (Autorenkollektiv 1976: 62). Dieser analytische Zirkel müsse eintreten, „wenn man versucht, nicht ökonomistisch zu argumentieren und wenn man ein differenziertes Konzept vom Basis-Überbau Verhältnis entwickelt“ (ebd.).

Hier wird deutlich, dass das Problem, das Hirsch und Demirović dann mit Blick auf die historischen Entwicklungen von Staatlichkeit auf unterschiedliche Weise zu lösen versuchen, bereits in einer, ihnen gemeinsamen, *transhistorisch-handlungstheoretischen Konzeption sozialer Herrschaft* im Kapitalismus begründet liegt. Das berühmte Marx-Diktum nachdem die Menschen ihre Geschichte machen, aber „nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ (MEW 8: 115) scheint hier dahingehend verstanden zu werden, dass soziale Praxis zwar von strukturellen Machtverhältnissen (etwa Klassenwidersprüchen) evoziert, aber nicht selbst von diesen *strukturiert* wird. Die kapitalistischen Strukturen sind demnach dem Handeln sozialer Akteure äußerlich entgegengesetzt oder gehen ganz in ihm auf. Die Praxis der Akteure wird als tendenziell kontingent und als immanenter Gegensatz zur Herrschaft des kapitalistischen Reproduktionsprozess gedacht. Eine Analyse der *historisch-spezifischen Formen und Dynamiken*, welche die sozialen Praxen der Akteure unter der *gesellschaftlichen Vermittlungsweise* des Kapitalismus annehmen und antreiben, gerät so quasi automatisch unter Ökonomismusverdacht. Im Ergebnis ist diese materialistische Theorie ständig damit beschäftigt, das Offensichtliche nachzuweisen und aufzudecken, dass hinter den „Sachzwängen“ des Kapitalismus doch tatsächlich reale Menschen mit politischen Strategien stecken, die auf der Grundlage ihrer meist partikularen (Klassen-)Interessen agieren. Das ist nicht falsch. Allerdings ist es erstens auch für den sogenannten Alltagsverstand nicht besonders überraschend. Denn dass es selbst im Kapitalismus Menschen (und nicht beispielsweise „Märkte“) sind, die handeln – wer würde das, abgesehen von Guido Westerwelle vielleicht, bestreiten? Zudem lässt sich zweitens die Frage, *warum* die Menschen sich eigentlich auf eine bestimmte Art und Weise verhalten, mit dem Verweis auf politische Strategien,

welche die Akteure in überlieferten Verhältnissen durch kontingente soziale Auseinandersetzungen hindurch eben *mal so oder so* entwickeln, nicht hinreichend beantworten. Gerade mit Blick auf die *globalen historischen Transformationen* des Kapitalismus stellt sich ja die Frage unter *welchen Bedingungen*, d.h. innerhalb welcher „Muster der historischen Entwicklung“ (Postone 2008: 26) die Menschen ihre Strategien entwickeln und gegebenenfalls revidieren. Und hier stößt die Erklärungskraft einer transhistorisch-handlungstheoretischen Analyse sozialer Herrschaft im Kapitalismus offensichtlich an ihre Grenzen. Denn „mit Politik allein, beispielsweise den Unterschieden zwischen konservativen und sozialdemokratischen Regierungen, lässt sich nicht erklären, warum beispielsweise überall im Westen unabhängig von der jeweiligen Regierungspartei die Institutionen des Wohlfahrtsstaates in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren gestärkt und ausgebaut wurden, nur um in den darauffolgenden Jahrzehnten zurück gestutzt zu werden. Die politischen Strategien der verschiedenen Regierungen unterschieden sich natürlich, doch nur graduell, nicht qualitativ“ (ebd.). Gleiches gilt für die Krise der fordistischen Akkumulation. Hier hat beispielsweise Robert Brenner gezeigt, dass die sozialen Kämpfe von 1968-1972 der globalen Krise des fordistischen Akkumulationsregimes nicht vorhergingen, sondern ihr vielmehr nachfolgten (Brenner 1999). Dem traditionellen transhistorischen Materialismus, nach dem – mit einigen Modifikationen – „alle Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen“ sei, ist daher die im Rahmen der Neuen Marxlektüre (Elbe 2008, Elmers 2007, Heinrich 2004, Jappe 2005, Postone 2003) aufgeworfene Frage entgegen zu halten, ob nicht die im Kapitalismus auf ganz *spezifische Art und Weise* konstituierten, gegensätzlichen Interessen und Praxisfelder selbst ein Teil des Problems kapitalistischer Heteronomie sind. Auch bei Hirsch und Demirovic stehen zwar stets historisch-konkrete Kämpfe und Kräfteverhältnisse im Focus – nur haben sie immer die gleiche, übergeschichtliche Rolle. Das Verständnis der Geschichte sozialer Herrschaft wird im Sinne einer transhistorischen Handlungstheorie begriffen: Ob Feudalismus oder Kapitalismus – Geschichte machen die Kräfteverhältnisse der Akteure; die Spieler mögen wechseln, das Spiel bleibt gleich. Ausgehend von diesem transhistorisch-handlungstheoretischen Verständnis der Geschichtlichkeit sozialer Herrschaft im Kapitalismus verfolgt nun Demirović das Ziel, gleich alle Kategorien der materialistischen Theorie handlungstheoretisch zu fassen (Demirović 2007: 238 ff.). Bezogen auf die Frage nach den Gründen der Transformationen von Staatlichkeit bedeutet diese hegemonietheoretische Dechiffrierung kapitalistischer Herrschaft nicht weniger, als dass die Frage nach den historischen Transformationen des Kapitalismus sich auf die Frage nach den (Klassen-)Kämpfen verschiebt. „Dabei wird Gramscis Hegemoniebegriff von einer Bereichstheorie zur Konstitutionstheorie des Sozialen schlechthin radikalisiert“ (Elbe 2008: 418). Ohne Ontologisierung der Kämpfe kommt dieser Ansatz dementsprechend nicht aus. Denn auch wenn

der Staat „immer schon“ (beispielsweise durch das Recht) in den Kämpfen der Akteure anwesend sein soll, gehen diese ihm doch voraus. Die besondere Qualität des Kapitalismus wird damit unklar. Denn die Menschen machen hier im Kapitalismus ihre eigene Geschichte, wenn auch unbewusst und unter der Herrschaft von Machtverhältnissen, die sie sich nicht ausgesucht haben (vgl. Demirović 2010: 160) – und in welcher Gesellschaft wäre das bisher nicht so gewesen? Auch wenn es historisch richtig ist, dass politische (absolutistische) Herrschaft und Klassenspaltung dem Kapitalismus voraus gingen, übersieht Demirović doch die „prinzipielle Differenz zwischen der Ursprungsdynamik (dem ‚Werden‘) und der immanenten Reproduktionsdynamik (dem ‚Dasein‘) [des Kapitalismus]“ (Elbe 2008: 400). Das kapitalismustheoretische Problem von Struktur und Handlung löst er elegant dadurch, dass er es einfach handlungstheoretisch auflöst.

Die staats-theoretischen Konsequenzen dieser gesellschaftstheoretischen Unschärfe sind nicht weniger wichtig. Denn im Ergebnis liegt es hier doch an den Subalternen, in wie fern sie ihre Anwesenheit im Staat richtig entziffern und seine spezifische „Rationalität“ (Demirović 2007: 243) für sich nutzen. Schließlich werden soziale Strukturen insgesamt nur als das Ergebnis des idealen *Durchschnitts kollektiver Handlungen* verstanden (vgl. Demirović 2010: 168). Daher wird auch das Theorem einer *eigenen Logik bzw. Selektivität* staatlicher Strukturen als strategisch irreführend und konsequenterweise gar als das Ergebnis einer „antietatistischen Ideologie“ (Demirović 2007: 243) bezeichnet. So kann aber nicht mehr konsistent erklärt werden, warum sich staatliche Strukturen bisher doch auf eine ganz bestimmte, *gesetzmäßige Art und Weise* in den unterschiedlichsten kapitalistischen Gesellschaften reproduzieren – und dabei zugleich einem durchaus qualitativ-historischen Wandel unterworfen sind. Zudem wird unklar, wofür materialistische *Staatstheorie* überhaupt noch betrieben werden soll. Wie Alan Wolfe bereits 1977 anmerkte: „The point is that these tendencies (...) refuses to take the state seriously as an entity in its own right. Half of the profession sublimates the state into some other form of activity“ (Wolfe 1977: xiv, Hervh. i.O.). Auch wenn Demirović zurecht gegen abstrakt anti-etatistische Vorstellungen, wie sie in Teilen der (post-)autonomen Linken immer noch verbreitet sind, darauf hinweist, dass es ein einfaches Jenseits – nicht nur – des Staates nicht gibt, erkaufte er dies mit einem Staats- und Gesellschaftsbegriff, der sich von traditionell (konflikt-)soziologischen Vorstellungen nicht mehr groß unterscheidet.

Hirsch entwirft hingegen ein komplexes Modell der Vermittlung von Formanalyse, Regulations- und Hegemonietheorie, in dem er versucht die Berücksichtigung von Akteuren mit einer gesellschaftstheoretischen Perspektive auf die strukturellen Zwänge von Politik und Ökonomie im Kapitalismus zu verbinden (Esser/Görg/Hirsch 1994: 213). Gleichwohl hat auch dies einen „*Primat der Politik* bei der Analyse gesellschaftlicher Prozesse“ (Hirsch 2005: 57,

Hervh. J.S.) zur Folge. Die wesentliche Eigenschaft des Staates analysiert Hirsch zunächst treffend als die Institutionalisierung der „politischen Form“ der bürgerlichen Gesellschaft durch das Gewaltmonopol, mit dem der Staat, u.a. über die rechtliche Garantie des Privateigentums, die Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Reproduktion der Gesellschaft sicherstellen muss. Die *Trennung* der politischen Herrschaft von der Ökonomie ist insofern nur die Form ihrer *Verbindung*: „Es ist daher unmöglich, dieses Produktionsverhältnis mittels des Staates im Kern zu verändern“ (ebd.: 26). Da diese Funktion des Politischen zwar für die Reproduktion des Kapitalismus notwendig, aber nicht im Vorhinein gewährleistet ist, macht Hirsch dann allerdings einen Sprung und führt die sozialen Kämpfe politischer Akteure doch als die finale Erklärung kapitalistischer Entwicklung ein. Denn aufgrund der Widersprüche der kapitalistischen Herrschaft, z.B. der Spaltung in verschiedene Klassen, sei diese selbst Gegenstand sozialer Auseinandersetzung: Die „Besonderung des Staates, die Trennung von Staat und Gesellschaft bildet sich in politischen und sozialen Kämpfen heraus und wird von diesen zugleich immer wieder in Frage gestellt“ (ebd.: 28). Insofern seien auch alle Klassen in unterschiedlichem Maße in den Staatsapparaten präsent und könnten die jeweils hegemoniale Politik mitunter entscheidend beeinflussen. Daher bleibe die konkrete Art und Weise der politischen Regulation des Kapitalismus, trotz dessen „permanenter Tendenz, sich mittels der Krise aus seinen politischen Fesseln zu befreien“ (Hirsch 1990: 190), doch „handlungsabhängig, durch politische Kämpfe und Strategien bestimmt und daher prinzipiell offen“ (Hirsch 2005: 57). Dass sich die Beteiligung der Linken an den politischen Kämpfen um die Staatstätigkeit lohnt, ergibt sich dabei auch als eine Lehre aus der Vergangenheit. Denn „zum Sozialstaat wurde der Staat im 20. Jahrhundert nicht kraft einer ihm innewohnenden Logik, sondern weil bestimmte Kräfteverhältnisse eine auf materielle Konzessionen gestützte soziale Kompromissbildung erzwungen haben“ (ebd.: 45). Überhaupt dient der fordistische Wohlfahrtsstaat bei Hirsch als Beispiel für die Möglichkeit, historische Entwicklung auch im Kapitalismus durch politische Kämpfe, zumindest vorübergehend, zu steuern.

Insgesamt ist Hirschs Ansatz geprägt von der *unvermittelten Ambivalenz*, erst die existentiellen Zwänge und Eigenlogiken des Kapitalismus heraus zu arbeiten und dann seine historischen Verlaufsformen zum Ergebnis von weitgehend kontingenten Handlungen zu erklären. Zwar umgeht er durch den Verweis auf kapitalistische Formprinzipien einerseits die Fallstränge der politizistischen Vereinseitigung, andererseits bestimmt er jedoch das konkrete Verhältnis von kapitalistischer Dynamik, staatlichen Strukturen und dem Handeln sozialer Akteure gerade *nicht*. Letzteres scheint vielmehr tendenziell im Gegensatz zur Formbestimmtheit zu stehen, die gegenüber den sozialen Kämpfen zwar eine *eigene Dichte*, aber keinerlei *eigene Dynamik* aufweist. Geschichte wird mithin von Kämpfen gemacht, die sich zwar unter gewissen statischen Zwängen im

Staat niederschlagen – ansonsten aber davon nicht beeinflusst sind; schlimmstenfalls werden sie „zurücknormalisiert und reintegriert“ (Hirsch 1996: 185, Hervh. J.S.). Unter den Tisch fällt dabei die Frage nach den *politökonomischen Reproduktionsbedingungen* auch einer im besten Sinne demokratischen Politik. Dadurch bleibt im Dunkeln, wie die sympathischen Vorschläge eines radikalen Reformismus umsetzbar sein könnten und mit welchen Widersprüchen sie umzugehen haben. „Damit wird die (...) am Anfang der Ableitungsdebatte gestellte Frage nach den Grenzen von Reformen in Bezug auf jeweils neue Hegemonieprojekte aber nicht nur nicht beantwortet, sondern erneut nicht einmal gestellt“ (Gerstenberger 2007: 182). Mithin werden gesellschaftstheoretisch anspruchsvolle Erklärungen der Strukturprinzipien der kapitalistischen Gesellschaft formuliert, die dann in den speziellen regulations- und hegemonietheoretischen Analysen konkreter Transformationsprozesse nicht mehr systematisch ausgewiesen werden (Hirsch 2005: 114 ff.). Die anvisierte Staatskritik (Hirsch/Kannankulam/Wissel 2008:15) wird so aber schnell zum informierten Plädoyer für den besseren Gebrauch von Staatlichkeit, die Kritik der politischen Ökonomie zur Kritik der Ökonomie aus der Warte fortschrittlicher Politik (vgl. Fisahn 2008: 183).

Mit Blick auf die historische Entwicklung von Staatlichkeit im Kapitalismus bleibt sowohl bei Demirović wie bei Hirsch offen, wie der „strukturelle Zwang methodisch so berücksichtigt werden [kann], so dass er weder bloße Behauptung bleibt, noch als funktionalistisches Element in die Analyse eingeht“ (Werner 2007: 133). Für ein materialistisches Konzept staatlicher Transformationen wäre schließlich genauer zu klären, inwieweit die „Transformation auch vom ‚Zwang der Form‘ geprägt ist und welche Effekte dies mit sich bringt“ (ebd.).

Kritik der Politik als Alternative?

Mit den staatstheoretischen Überlegungen von Johannes Agnoli lässt sich dieses ‚Transformationsproblem‘ materialistischer Staatstheorie in mehreren Schritten angehen. An die Stelle der analytisch langfristig irreführenden Trennung von statisch-abstrakten, sozialen Formen auf der einen und dynamischen, historisch-konkreten Kämpfen um Transformationsprozesse auf der anderen Seite, tritt hier der Begriff der *Reproduktion*. Dieser zielt darauf, die immanente Dynamik der strukturellen Zwänge und Widersprüche kapitalistischer Reproduktion von Gesellschaft, die immer auch die materiellen Existenzbedingungen der Akteure betreffen, fassbar zu machen (Agnoli 2004: 186). Mit anderen Worten geht es hier darum, den Prozess der Reproduktion des Kapitalismus als einen zugleich politischen *und* ökonomischen ernst zu nehmen und folglich diese Bereiche als *unterschiedliche Momente desselben Prozesses* zu dechiffrieren. Die kapitalistische Gesellschaft ist demnach entlang

des Gesamtprozesses ihrer Reproduktion, dem historische Transformationen nicht abstrakt entgegengesetzt, sondern vielmehr *immanent* sind, zu analysieren.²

In den aktuellen Debatten und Beiträgen der materialistischen Staatstheorie sind die Überlegungen von Johannes Agnoli trotzdem kaum noch Thema. Ein Grund dafür dürfte sein, dass er im Verdacht steht, ein Anhängsel der Staatsableitungsdebatte der 1970er Jahre zu sein und deren Funktionalismus zu teilen (Sauer 2003: 162). Darüber hinaus hat Agnoli sich aber auch selbst nie darum bemüht, seine Arbeiten für wissenschaftliche Debatten aufzubereiten und zu systematisieren (Grigat 2000). Gleichwohl lassen sich seine Überlegungen für die aktuellen Fragen der materialistischen Staatstheorie nutzbar machen. Denn Agnoli setzte sich nach seinem Bestseller „Die Transformation der Demokratie“ explizit mit der Frage auseinander, was die von ihm dort beschriebene Involution demokratischer Mitbestimmungsformen zu Institutionen autoritärer Herrschaft und Manipulation eigentlich evoziert (Agnoli 1995: 198). Schließlich blieb auch hier unklar, ob eine politisch umkehrbare Entwicklung beschrieben oder die Analyse eines sozialstrukturellen Zusammenhangs geliefert werden soll.

Aber der Reihe nach: Agnoli geht aus von einem Begriff von *Theorie als einer Kritik in emanzipatorischer Absicht*. Kritik bestimmt er als eine notwendigerweise negative Denkbewegung, die im Bestehenden die immanenten Potentiale zu dessen Überwindung aufdeckt. Politikwissenschaft kann demnach nur heißen, die Form des Politischen selbst einer Kritik zu unterziehen, die dessen Rolle im Gesamtprozess gesellschaftlicher Reproduktion analysiert.³

Mit diesem Verständnis von Zweck und Methode der Politikwissenschaft analysiert Agnoli nun den Staat als die Institutionalisierung einer spezifischen Funktion des auf fortgesetzte Verwertung angewiesenen kapitalistischen Reproduktionsprozesses.⁴ Eine kapitalistische Reproduktion der Gesellschaft, die nicht auf bewusster Vermittlung menschlicher Bedürfnisse beruht, sondern diese nur als Mittel zum Zweck bedient und insofern auch kein allgemeines Interesse formulieren kann, tendiert stets dazu ihre eigenen (sozialen und natürlichen) Grundlagen zu zerstören. Daher, so stellt Agnoli in Bezug auf Marx heraus, ist es „eine unumgängliche Bedingung der Kapitalreproduktion, dass

2 Von den prominenten Überlegungen Althusser zur Reproduktion des Kapitalismus (Althusser 1977) unterscheidet sich Agnoli u.a. dadurch, dass er diesen Begriff nicht transhistorisch und strukturalistisch gebraucht, sondern zur Beschreibung einer *spezifisch kapitalistischen, sozialen Dynamik* verwendet.

3 Dabei folgt Agnoli der Marxschen Programmatik: „Die Kritik des Himmels verwandelt sich in die Kritik der Erde, die Kritik der Religion in die Kritik des Rechts und die Kritik der Theologie in die Kritik der Politik“ (MEW 1: 379).

4 Zu den Überlegungen von Joachim Hirsch steht dieser Ansatz keineswegs im direkten Widerspruch (Hirsch/Kannankulam/Wissel 2008: 17). Die politischen Kämpfe werden hier jedoch konsequent in Bezug auf die *Bedingungen ihrer Existenz* gedacht.

„das Kapital endlich an die Kette der Regulation gelegt“ wird“ (Agnoli 1995: 31). Politisch ist diese Regulation, weil sie kraft des – sich maßgeblich in der Fähigkeit, allgemeine Gesetze zu erlassen, ausdrückenden – staatlichen Gewaltmonopols eine *Letztverantwortung* für alle gesellschaftlichen Fragen postuliert. Schon damit erübrigt sich die orthodoxe Frage nach dem Verhältnis von „Basis und Überbau“. Denn: „Ohne die organisatorische Einwirkung des Staates findet Kapitalreproduktion nirgends statt – es sei denn man nehme an, diese ereigne sich gewissermaßen ohne die physische Reproduktion der Gesamtbevölkerung“ (ebd.: 82). Dabei ist die politische Regulation des kapitalistischen Verwertungsprozesses aber nicht als „autonom“, sondern vielmehr als dessen integraler Teil zu begreifen. Weil die materielle Reproduktion von Gesellschaftlichkeit im Kapitalismus an der Fortdauer des Verwertungsprozesses hängt, ist die politische Regulation auf ihn als ihre *eigene Existenzbedingung* verwiesen. Politik ist demnach die Form, in der sich die in Konkurrenten gesplante und von der Dynamik der Verwertung getriebene kapitalistische Gesellschaft über die allgemeinen Angelegenheiten ihres Überlebens verständigen muss – „die politische Seite der Entfremdung“ (ebd.: 38).

Staatlichkeit lässt sich mit Agnoli also denken als eine *soziale Logik*, die ein Ensemble von Institutionen und Apparaten durchzieht, das auf politische, d.h. entfremdet-allgemeine, Weise „den objektiven Zwangscharakter der gesellschaftlichen Reproduktion“ (Mandel/Agnoli 1980: 19) ausdrückt.⁵ Der Staat ist demnach weder bloß „Überbau“ noch „steuerndes Zentrum“, sondern ein zentraler *Knotenpunkt* in der so dynamischen wie krisenhaften Reproduktion des Kapitalismus (Agnoli 1995: 30). Als solcher ist der Staat aber auch mehr als ein leeres strategisches Feld. Er ist aus institutionellem Eigeninteresse die spezifische Form eines gesellschaftlich bestimmten Inhalts: Der „Garantie der Reproduktion“ (Agnoli 2004: 172).

Um dieser Logik, welche die Grünen im Koalitionsspoker in NRW wieder so treffend „Staatsräson“ genannt haben, entsprechen zu können, muss Staatlichkeit je spezifische Formen institutioneller Selektivität (Agnoli 2004: 176, vgl. auch Offe 2006: 95) ausbilden. Diese zielt darauf ab eine flexible Politikformulierung zu ermöglichen, in dem sie die Interessen filtert, die sich aus der ganzen Gesellschaft auf den Staat als Knotenpunkt politischer Regulation richten. Wahlrecht und Parlamentarismus, aber auch Eigentumsgarantie und Steuerstaat (um nur einige Beispiele zu nennen) können insofern als historisch innovative Formen teilweise gegenläufiger *institutioneller Selektivitäten* gelesen werden, welche die Berücksichtigung der für die kapitalistische Reproduktion

5 Aus dem Doppelcharakter „des Staates“, d.h. eine bestimmte, politische Form sozialer Logik (Staatlichkeit) einerseits *und* ein Ensemble konkreter Apparate (Staat) andererseits zu sein, erklärt sich auch der muntere Wechsel in den Begrifflichkeiten in diesem Artikel. Er soll darauf hinweisen, dass „Staat“ immer ein historisch-konkretes Ensemble von Institutionen ist, in denen sich die Logik des Politischen auf je spezifische Weise ausformt.

der Gesellschaft wesentlichen Interessenartikulation verbürgen und diese zugleich kanalisieren sollen. Inwiefern diese Interessen in den Staatsapparaten ankommen, hängt nicht nur von der Konfliktbereitschaft ihrer Vertreter ab, sondern auch davon, dass diese Interessen auf die eine oder andere Weise eine Bedeutung für den Verwertungsprozess nachweisen.

Politische Souveränität lässt sich insofern als die Fähigkeit eines Staates verstehen, seine verschiedenen Apparate und ihre Selektionsmechanismen, vor dem Hintergrund der gegensätzlichen Interessen in seinem Machtbereich, so zu konfigurieren – dass er *auch in Zukunft* die Mittel dazu hat dies selbst zu tun. Eine kohärente Konfiguration der institutionellen Selektionsmechanismen bezeichnet Agnoli dann als eine „institutionelle Strategie“ (Agnoli 2004: 172), die sich allerdings nicht automatisch ergibt. Ausgehend vom widersprüchlichen gesellschaftlichen Prozess versuchen unterschiedliche staatliche Apparate – aus ihrem Interesse an sich selbst – stets die institutionalisierten Selektionsmechanismen neu zu strukturieren, um eine flexiblere Politikformulierung zu ermöglichen. Dies geschieht in einem komplexen sozialen Aushandlungsprozess, indem auf unterschiedlichen Ebenen, sowie unter Zugeständnissen an andere gesellschaftliche Akteure eine neue institutionelle Strategie (Agnoli 2004: 170 ff.) formuliert wird. Zur Debatte steht auch auf dem Feld „souveräner Politik“ also nur *wie* – nicht *ob* – die kapitalistische Reproduktion der Gesellschaft zu verbürgen ist. Dass es gleichwohl einen Unterschied macht, „wo“ dieses „wie“ ausgehandelt wird, zeigen die Beispiele von Staaten, die entweder wie Griechenland ihre Souveränität wegen akutem „Staatsversagen“ (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft)⁶ abtreten müssen, oder Formen peripherer Staatlichkeit, die nie dazu gekommen sind überhaupt eine (relative) Souveränität auszubilden (Ataç/Lenner/Schaffar 2008: 10 ff.).

Mit diesem Konzept entwirft Agnoli auch ansatzweise ein Modell des Verhältnisses von Struktur und Handlung. Denn die Imperative des kapitalistischen Reproduktionsprozesses sind natürlich das Ergebnis von sozialen Handlungen und setzen sich nicht automatisch in diese um. Nicht zuletzt, da aufgrund des gespaltenen und entfremdeten Charakters der kapitalistischen Gesellschaft *nicht* klar ist, was die jeweils erfolgversprechendste Variante der Institutionalisierung des Politischen ist. Auch für Agnoli scheidet zur Erklärung der historischen Entwicklung von Staatlichkeit eine ‚Verschwörung‘ von sozialen Machtgruppen genauso aus, wie die Vorstellung, dass Staatlichkeit sich ohne Akteure aus den Reproduktionszwängen des Politischen einfach selbst bilde. Gleichwohl umgeht er das Problem nicht einfach, in dem er es handlungstheoretisch in Richtung sozialer Kontingenz auflöst. Vielmehr nimmt er das Bedingungsverhältnis von Ökonomie und Politik im Kapitalismus ernst. Noch für die günstigsten politischen Kräfteverhältnisse bleibt demnach „durchgängig kon-

⁶ Vgl. <http://www.insm-oekonomenblog.de/wirtschaft/euro-krise-ist-staatsversagen/>

stitutiv, was für jede Form kapitalistischer Reproduktion der Gesamtgesellschaft gilt: Dass die Erfordernisse der Kapitalverwertung – die gerade nicht unbedingt identisch sind mit der Summe der Einzelforderungen ‚der Kapitalisten‘ – sich durchsetzen“ (Agnoli 1997: 103). Denn sie *müssen* sich durchsetzen, sonst gerät die gesellschaftliche Reproduktion (auch der Akteure) in die Krise. Die Kontingenz sozialer Praxis findet ihren Platz folglich in einem jeweils *historisch-spezifischen Möglichkeitskorridor*, der den Strategien einzelner Akteure nur eine *gewisse Spannbreite von Adaptionsmöglichkeiten* an den jeweiligen Stand des Verwertungsprozesses lässt und die Realisierung davon abweichender Strategien mittelfristig mit der Krise der gesellschaftlichen Reproduktion ‚belohnt‘.

So lässt sich auch dem Funktionalismus-Vorwurf begegnen. Denn mit Funktionalismus hat dies wenig zu tun, wenn unter Funktionalismus verstanden wird, dass „unzulässigerweise aus einem funktionalen Defizit auf die faktische Existenz [eines Phänomens geschlossen wird]“ (Kannankulam 2008: 55). Bestimmt wird hier schließlich zunächst nur, *welchen Bedingungen* gesellschaftlicher Reproduktion im Kapitalismus entsprochen werden muss. Agnoli selbst hat bei zahlreichen Gelegenheiten auf die Unvorhersehbarkeit sozialer Prozesse hingewiesen und vor der „Mystik allgemeiner Ableitung“ (Agnoli 1995: 48) gewarnt. Es ist aber doch Ausdruck eines großzügigen Fortschrittbegriffs, wenn etwa Birgit Sauer meint, Agnoli habe die Möglichkeit eingeräumt, dass der Staat zum Mittel für „fortschrittliche Politik“ (Sauer 2003: 163) werden könne. Denn jede realistische demokratische Politik setzt ja gerade voraus, dass mit den kapitalistischen Verwertungszwängen Schritt gehalten wird. Soziale Kräfteverhältnisse materialisieren sich daher in staatlichen Apparaten *langfristig* nur im Rahmen der spezifischen Funktion des Politischen im kapitalistischen Reproduktionsprozess⁷. Obwohl Ungleichzeitigkeiten und Spielräume immer bestehen können, stehen diese nicht nur unter schnödem Finanzierungsvorbehalt, sondern sind stets auch Teil der, auf die Sicherung der politischen Regulation der kapitalistischen Reproduktion der Gesellschaft zielenden, institutionellen Suchbewegung. So werden Studiengebühren abgeschafft und gleichzeitig die autoritäre Stiftungsuniversität durchgesetzt oder auch das Staatsbürgerschaftsrecht modernisiert und die europäischen Außengrenzen dicht gemacht. All das verweist auf das *reproduktionslogische Dilemma* jeder ‚fortschrittlichen Regulation‘ des Kapitalismus: keine Politik ohne Verwertung – und umgekehrt.

7 Mit Agnolis Worten: „Gegen das rationale Programm des Kapitals kann jeder, auch ein Parteiführer und ein Staatsdiktator spinnen. Die Frage ist nur, wie lange man ihn spinnen lässt“ (Agnoli 1995: 49).

Reproduktion durch Transformation

Nun stellt all dies zugegebenermaßen noch keine Absage an die Vorstellung dar, dass es wesentlich die *sozialen Kämpfe* sind, die die Transformationen von Staatlichkeit bestimmen. Denn auch wenn man diese mit Agnoli als Ausdruck einer notwendigerweise auf die politische Sicherung der kapitalistischen Reproduktion zielenden, institutionellen Suchbewegung liest, bleibt doch offen welche Dynamik eigentlich den kapitalistischen Verwertungsprozess antreibt. Denkbar wäre etwa, dass die Art und Weise der Akkumulation, der Technologienutzung, des Konsums, etc. durch soziale Auseinandersetzungen hindurch so transformiert werden kann, dass dies demokratischere Formen der politischen Regulation kapitalistischer Gesellschaften ermöglichen könnte. Die linke Debatte um Alternativen zum „Green Capitalism“, z.B. in Form einer „sozioökologischen Transformation“ (Kaufmann/Müller 2009: 177 ff., 185 ff.), zielt genau darauf ab. Spätestens hier wird deutlich, dass die Frage nach den Faktoren der Transformation von Staatlichkeit den Rahmen einer staatstheoretischen Diskussion transzendiert.

In seinen ‚Frühschriften‘ identifizierte auch Agnoli noch die Klassenbewegungen als Grund der gesellschaftlichen Dynamik. Später bezeichnete er diese Vorstellung als oberflächlich (Agnoli 1998: 146) und erklärte, dass die Transformationen von Staatlichkeit als Momente einer „inneren Veränderung“ der kapitalistischen Reproduktion der Gesellschaft zu begreifen seien (Agnoli 1995: 190) – einer gesellschaftlichen Dynamik also, die sich *durch* das Handeln der Akteure hindurch als zweckrationale Notwendigkeit geltend macht, in dem sie diesen immer wieder neue Kriterien ihrer *eigenen Reproduktion* präsentiert.⁸ Wie diese Dynamik allerdings bestimmt werden kann, hat Agnoli nicht ausgeführt.

Hier bietet sich die kategoriale Marx-Rezeption, wie sie insbesondere von Moishe Postone formuliert worden ist, an. Denn zum einen geht er in seiner Reinterpretation der Marxschen Gesellschaftstheorie von einem ähnlich reproduktionslogischen Modell des *historisch-spezifischen Charakters* der gesellschaftlichen Vermittlung von Handeln und Strukturzwängen aus. Nach diesem wäre jeder Versuch einer nachhaltigen Einschränkung der expansiven Dynamik kapitalistischer Vergesellschaftung „wahrscheinlich wirkungslos (...) – nicht nur aufgrund entgegenstehender Interessen der Kapitalisten oder staatlicher Entscheidungsträger, sondern vor allem weil das Misslingen weiterer Mehrwertsteigerung tatsächlich schwierige ökonomische Probleme und erhebliche soziale Kosten nach sich zöge“ (Postone 2003: 471). Postones Focus liegt dabei nicht auf der historischen Genese dieser Gesellschaft, sondern auf der Existenz

8 Das Argument, dass der Fordismus u.a. deshalb in die Krise geraten sei, da sich seine „Produktivitätsreserven“ aufgebraucht hätten (Hirsch 2005: 125) deutet implizit eine ähnliche Konzeption an.

einer Logik gesellschaftlicher Reproduktion im *entwickelten Kapitalismus*, der sich von früheren Gesellschaften durch eine spezifische Form gesellschaftlicher Vermittlung, die zugleich eine soziale Dynamik evoziert, *qualitativ* unterscheidet. Dessen wesentliches Attribut sieht Postone in der Existenz *strukturierter Praxisformen*, welche die Menschen mit „einer gesellschaftlichen konstituierten Form historischer Notwendigkeit“ konfrontieren (Postone 2003: 453). Diese bestimmt er als „den Drang zu ständig steigenden Produktivitätsniveaus“ (ebd.: 452), der eine gesellschaftliche *Dialektik von Transformation und Rekonstitution* ins Werk setzt, die fortwährend alle sozialen Bereiche umwälzt. Daher bezeichnet Postone die Marxsche Kapitalismustheorie auch als eine kritische Theorie der gesamten modernen Gesellschaft (Postone 2008: 9).

Zum anderen bestimmt Postone auch genauer die Art und Weise der gesellschaftlichen Reproduktionsdynamik im Kapitalismus. Gesellschaftliche Reproduktion und die *Logik von Produktivitätssteigerung und Rationalisierung* hängen demnach im Kapitalismus zusammen und sind nur *gemeinsam* zu realisieren. Damit übersetzten sich die (von Hirsch als wesentlich statisch beschriebenen) Formzwänge in eine *Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung*, die einen ständigen Transformationsdruck auf *alle sozialen Akteure* sowie deren Beziehungen und Identitätskonzepte ausübt. Diese Dynamik zeichnet sich dadurch aus, dass sie sich *selbst beschleunigt* und den *grundlegenden Widerspruch* des Kapitalismus auf erweiterter Stufenleiter rekonstituiert.⁹ Die zwanghafte Entwicklung der Produktivität ergibt sich für Postone mit der, u.a. durch die gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages forcierten, Produktion von relativem Mehrwert.¹⁰ Denn angesichts der zeitlichen Bestimmung des Werts kann hier „die Vermehrung von Mehrwert – das heißt das systematische Produktionsziel im Kapitalismus – nur erreicht werden, wenn sich das Verhältnis von Mehrarbeitszeit zur notwendigen Arbeitszeit verändert“ (Postone 2003: 466). Die Erhöhung der Produktivität aber führt nicht nur zu einer Zunahme von *stofflichem Reichtum*, sondern auch zu einem sogenannten *Tretmühleneffekt*: „Zunehmende Produktivität vergrößert die pro Zeiteinheit produzierte Wert-

9 Dies bedeutet dabei übrigens weder – wie häufige Missverständnisse lauten – eine Zusammenbruchstheorie noch Geschichtsteologie. Denn die Feststellung, dass die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft zunimmt, schließt nicht ein, dass sie sich notwendigerweise (zum Guten oder Schlechten hin) auflöst. Auch grenzt sich diese Analyse einer Entwicklungslogik im Kapitalismus von einem teleologischen Geschichtsverständnis ab. Anstatt, wie z.B. Althusser, die spezifisch gesellschaftliche Dynamik des Kapitalismus transhistorisch zu hypostasieren, zielt Postone auf einen Begriff der kapitalistischen Gesellschaft, der *selbst* „elementar historisch ist“ (Postone 2005: 118) und daher keine Aussagen über die menschliche Geschichte „an sich“ trifft.

10 Eine andere Möglichkeit wäre *allein* die (Weltmarkt-)Konkurrenz als Grund der gesellschaftlichen Dynamik auszumachen (vgl. Ums Ganze 2009). Allerdings behandelt schon Marx die Konkurrenz nur als Ausdruck einer tieferliegenden Dynamik der Wertform (vgl. MEW 25: 860 ff.), da sie etwas voraussetzt, um das überhaupt konkurriert werden kann.

menge – bis diese Produktivität verallgemeinert wird“ (ebd.: 436). Mit dieser Verallgemeinerung sinkt die pro Zeiteinheit produzierte Wertmenge wieder auf das ursprüngliche Niveau ab. Dies hat eine Beschleunigung der Produktivitätssteigerungen zur Folge, denn „je höher die allgemeine Stufe der Mehrarbeitszeit und damit zusammenhängend der Produktivität ist, desto höher muß die Produktivität steigen, um eine bestimmte Zunahme der Mehrwertmasse pro bestimmtem Kapitalanteil zu realisieren“ (ebd.: 468).

Wichtig ist dieser Ausflug in die Untiefen der Marxschen Werttheorie hier, da mit dieser *im Innern* der kapitalistischen Reproduktionslogik identifizierten Dynamik einer zwanghaften Produktivitätssteigerung und Rationalisierung zugleich die *Widersprüchlichkeit* des Kapitalismus zunimmt. Denn dessen grundlegenden Widerspruch verortet Postone nicht zwischen Besitzenden und Subalternen, auch wenn er diesem als *Binnenkonflikt* im Rahmen der Produktion des relativen Mehrwerts eine wichtige Bedeutung zuschreibt. Vielmehr besteht für ihn der grundlegende Widerspruch des Kapitalismus in der zunehmenden „Diskrepanz zwischen der tatsächlichen Strukturierung von Arbeit und des gesellschaftlichen Lebens und ihrer in Abwesenheit des Kapitals möglichen Strukturierung“ (Postone 2008: 16). Denn die im Kapitalismus den Produzenten entfremdete Logik gesellschaftlicher Reproduktion setzt mit der Dynamik der zwanghaften Produktivitätssteigerung auch „einen Prozess der historischen Konstitution von Wissen und Erfahrung in Gang, die umfassender sind als die Fertigkeit und das Wissen der unmittelbaren Produzenten“ (Postone 2003: 495). Damit vergrößert sich einerseits die *Möglichkeit* einer nicht mehr entfremdeten Reproduktion der Gesellschaft. Andererseits wird die kapitalistische Reproduktion der Gesellschaft in Wirklichkeit immer *prekärer*, da die Produktivität der Arbeit diese tendenziell unrentabel macht, gleichwohl aber die entfremdete gesellschaftliche Vermittlung weiterhin über die Produktion von Wert (abstrakte Arbeit) organisiert ist (ebd.: 451).

Die staatstheoretische Bedeutung dieser Überlegungen liegt nun darin, dass dieser Widerspruch der kapitalistischen Reproduktion einerseits die *immanente Geschichtlichkeit* des Kapitalismus ausdrückt und zugleich eine Erklärung der zunehmenden Krisen der kapitalistischen Verwertung anbietet. Deren genauere Verlauf kann zwar auch mit diesem Konzept nicht bestimmt werden, gleichwohl bietet es ein Modell davon, wie sich die dynamischen Imperative der kapitalistischen Reproduktion durch die sozialen Kämpfe von Akteuren *hindurch* durchsetzen. Nicht geleugnet werden muss damit, dass soziale Kämpfe stattfinden und ihre Ergebnisse sich (auch im Staat) materialisieren. Die Perspektive verschiebt sich aber – gewissermaßen von der „Oberflächen- zur Tiefenstruktur“ (Postone 2008: 8) – auf die Frage danach, welche Veränderungszwänge die polit-ökonomische Struktur des Kapitalismus aus sich selbst heraus setzt und was dies für die *Erfolgsbedingungen der Interessenartikulationen* sozialer Akteure im Staat bedeutet. Mit anderen Worten: „The vast his-

torical changes in capitalism from liberal, to fordist to neo-liberal modes of capitalism are driven by this dialectic between increases in productivity and the reconstitution of the standards of the labour hour. Specifically, as productivity and the speed of production increases it causes crisis (...). To deal with such crisis states often initiate new forms of political organization“ (Murthy 2009: 18).

Mit diesem Verständnis der historischen Dynamik einer kapitalistischen Reproduktion von Gesellschaft könnte Agnolis staatstheoretisches Konzept so ergänzt werden, dass sich ein Modell der Transformationen von Staatlichkeit ergibt, das soziale Kämpfe nicht einfach voraussetzt, sondern sie gesellschaftstheoretisch einholt. Die Transformationen von Staatlichkeit wären dann zu begreifen als, auf die politische Garantie der kapitalistischen Reproduktion zielende, institutionelle Suchbewegungen, die in historischen *Möglichkeitskorridoren* stattfinden, welche von einer zwanghaften Dynamik gesellschaftlicher Rationalisierung immer wieder neu konstituiert werden. Die von der hegemonietheoretischen Variante der materialistischen Staatstheorie analysierten Kräfteverhältnisse können insofern die Auseinandersetzung um die Suchbewegung und Variationsmöglichkeiten beschreiben, *erklärt* werden müssen sie aber mit ihren eigenen, dynamischen Reproduktionsbedingungen.¹¹ Diese Perspektive weist Geschichte unter kapitalistischen Bedingungen als eine *spezifisch gesellschaftliche Form von Unfreiheit* aus. Damit stellt sie auch eine Kritik derjenigen materialistischen Ansätze dar, die Politik wesentlich als das Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen verstehen wollen. Gegen diese wäre Politik als integraler Teil der *kapitalistischen Reproduktion von Gesellschaft durch ihre historische Transformation* zu begreifen.

Für die Analyse von Staatlichkeit im Kontext der kapitalistischen Globalisierung bedeutet dies, dass die Inter- und Supranationalisierungstendenzen der politischen Regulation nur insofern als Ausdruck bewusster Strategien verstanden werden können, als sie *Lösungsversuche* für die – dank der Produktivkraftentwicklung zunehmende – *Verwertungskrise* des Kapitals im nationalen Rahmen sind. Nicht die neoliberale Politik von Privatisierung und Deregulierung hat demnach „die Globalisierung“ *verursacht*. Vielmehr muss sie selbst als Ausdruck einer strukturellen Krisentendenz der kapitalistischen Gesellschaft verstanden werden. Das heißt: Die weithin festgestellte Aushöhlung demokratischer Mitbestimmungsformen im (trans-)nationalen Wettbewerbs-

11 In eine ähnliche Richtung argumentiert auch Emmerich Nyikos bei seiner Analyse der geschichtlichen Tendenz des Kapitalismus: „Es versteht sich von selbst, dass die *historische* Notwendigkeit nie *Ereignisse*, sondern immer nur *gesellschaftliche Tendenzen* betrifft. So war der Erste Weltkrieg natürlich als solcher kein notwendiges, d.h. unvermeidliches Faktum, was keineswegs heißt, dass das Monopolstadium des Kapitalsystems (bis hin zu seiner Transnationalisierung) nicht imperialistische Kriege hervorbringen würde“ (Nyikos 2010: 616, Hervh. i. O.).

staat (Hirsch 1996: 136) und die neoliberale „Neuerfindung des Sozialen“ (Lessenich 2008) sind so auch im post-fordistischen Kapitalismus natürlich nicht alternativlos. Aber die *Frage*, auf die diese Maßnahmen Antwortversuche darstellen, nämlich wie die soziale Konditionierung und politische Regierung des „Humankapitals“ mit dem *rationalisierten Verwertungsprozess* Schritt halten kann, stellt sich dem politischen Personal als Existenzfrage. Agnoli hat in diesem Kontext eine „Verhärtung der politischen Form“ (Agnoli 2003) und deren Abkoppelung von liberaldemokratischen Legitimationsverfahren prognostiziert.

Perspektiven

Vieles muss hier offen bleiben. Denn auch wenn man dem bisher skizzierten etwas abgewinnen kann, fehlt von einer konkreten Operationalisierung der Analyse „historischer Möglichkeitsräume“ bis zu einer fundierten Konzeption des spezifisch kapitalistischen Charakters des Struktur-Handlungsverhältnisse noch einiges. Gerade deshalb wäre es aber lohnend, die Diskussion über die *gesellschaftlichen Bedingungen* politischer Transformationen wieder aufzunehmen und die in den letzten Jahren bloß implizit thematisierten *gesellschaftstheoretischen Annahmen* in Bezug auf zentrale Kategorien wie Klassen, Politik, Geschichte und soziale Dynamik zu explizieren – anstatt diese weiterhin als geklärt vorauszusetzen. Denn im staatstheoretischen Rahmen allein werden sich die Transformationen von Staatlichkeit wohl auch weiterhin anschaulich beschreiben, aber nicht erklären lassen.

Für die Frage einer linken Praxis sind die Konsequenzen dieser Überlegungen zunächst einfacher zu benennen, aber schwerer umzusetzen. Eine emanzipatorische Perspektive muss dann mit dem Dilemma umgehen, dass es nicht einmal ‚nur‘ eine Frage von harten Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnissen ist (Stützle 2009), ob sie ihre Ziele politisch verwirklichen kann, sondern dass es vielmehr in der Logik der staatlichen Reproduktion *selbst* liegt, emanzipative Potentiale in die Reproduktionsdynamik des Kapitalismus einzupassen. Will ein radikaler Reformismus mehr bringen, als eine Verschiebung der Opfergruppen im Rahmen dieser Dynamik, wird er daher am Aufbau *eigener Institutionen* zur Initialisierung einer neuen Logik gesellschaftlicher Reproduktion nicht vorbei kommen. Realpolitische Abstinenz bedeutet das nicht. Die aktuellen Krisenlösungsstrategie mit Widerstand zu konfrontieren, würde die Krise überhaupt erst als Strukturkrise des Kapitalismus (und nicht des „Humankapitals“) auf die Agenda setzen. Die Krise der Gesellschaft wäre aber dann gleichwohl als *Ziel* und nicht als das, durch neue Formen demokratischer Regulierung zu lösende Problem (vgl. Wahl 2009) anzugehen. Denn solch eine „demokratische Politik“ setzte ja gerade die weitere (und nicht besonders demokratische) Unterordnung der Gesellschaft unter die Rationalisie-

rungsdynamik des Kapitalismus voraus. Erst wenn sich eine neue Form der gesellschaftlichen Reproduktion der institutionellen Strategie kapitalistischer Politik entgegenstellt und diese auch eine adäquate, „organisatorische Form gefunden hat, halten das Kapital und sein Staat die neue Wirklichkeit nicht mehr aus“ (Agnoli 1995: 82). Wie diese Organisationsform aussehen könnte, wäre übrigens auch noch so eine offene Forschungsfrage.

Literatur

- Agnoli, Johannes (1995): *Der Staat des Kapitals*, Freiburg.
- (1997): *Faschismus ohne Revision*, Freiburg.
- (1998): *68 und die Folgen*, Freiburg.
- (2003): *Die Verhärtung der politischen Form*, in: Grigat, Stephan (2003): *Die Transformation des Postnazismus*, Freiburg.
- (2004): *Die Transformation der Demokratie*, Hamburg.
- Althusser, Louis (1977): *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Hamburg.
- Ataç, Ilker; Lenner, Katharina; Schaffar, Wolfram (2008): *Periphere Staatlichkeit*, Wien.
- Autorenkollektiv (1976): Klassenbewegung und Staat in der BRD, in: *Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9*, Frankfurt/Main, S.51-98.
- Brand, Ulrich; Görg, Christoph; Wissen, Markus (2007): Verdichtung zweiter Ordnung – Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive, in *PROKLA 147*, S. 217-232.
- Brenner, Robert (1999): Reply to Critics, in *Comparative Studies of South Asia, Africa, and the middle East*, Vol. XIX, Nr. 2, 1999, S. 62.
- Brethauer, Lars; Gallas, Alexander; Kannankulam, John; Stütze, Ingo (2006): *Poulantzas lesen – zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*, Hamburg.
- Candeias, Mario; Rilling, Rainer (2009): *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*, Berlin.
- Demirović, Alex (2003): *Modelle kritischer Gesellschaftstheorie*, Stuttgart.
- (2006): Volkes Herrschaft? In: *Brethauer et.al (2006)*, Hamburg.
- (2007): *Nicos Poulantzas – Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie*, Münster.
- (2008): Zu welchem Zweck und auf welche Weise den Staat kritisieren? in *Wissel, Jens; Wöhl, Stefanie (2008): Staatstheorie vor neuen Herausforderungen*, Münster, S. 24-49.
- (2009): Kehrt der Staat zurück? Wirtschaftskrise und Demokratie, in *PROKLA 157*, S. 589-605.
- (2010): Struktur, Handlung und der ideale Durchschnitt, in *PROKLA 159*, S. 153 - 176.
- Elbe, Ingo (2008): *Marx im Westen*, Berlin.
- Ellmers, Sven (2007): *Die formalanalytische Klassentheorie von Karl Marx. Ein Beitrag zur ‚neuen Marx-Lektüre‘*, Duisburg.
- Esser, Josef; Hirsch, Joachim; Görg, Christoph (1994): *Politik, Institution und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg.
- Fisahn, Andreas (2008): *Herrschaft im Wandel - Überlegungen zu einer kritischen Theorie des Staates*, Köln.
- Gerstenberger, Heide (2007): Fixierung und Entgrenzung – Theoretische Annäherung an die politische Form des Kapitalismus, in *PROKLA 147*, S. 173-198.
- Grigat, Stephan (2000): Die Kritik der Politik, Das Elend der Politikwissenschaft und der Staatsfeitsch in der marxistischen Theorie, S. 145-171 in *Bruhn, Joachim; Dahmann; Manfred; Nachtmann, Clemens (Hg.) (2000): Kritik der Politik – Johannes Agnoli zum 75. Geburtstag*, Freiburg .
- Heinrich, Michael (2004): *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung*, Stuttgart.
- Hirsch, Joachim (1990): *Kapitalismus ohne Alternative?*, Hamburg.
- (1996): *Der nationale Wettbewerbsstaat*, Berlin.

- (2005): *Materialistische Staatstheorie*, Hamburg.
- Hirsch, Joachim; Kannankulam, John (2006): Poulantzas und Formanalyse. Zum Verständnis zweier Ansätze materialistischer Staatstheorie, in: *Bretthauer et. al. (2006)*, S. 65-81.
- Hirsch, Joachim; Kannankulam, John; Wissel, Jens (2008): *Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft*, Baden-Baden.
- Jappe, Anselm (2005): *Die Abenteuer der Ware - Für eine neue Wertkritik*, Münster.
- Kannankulam, John (2008): *Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus - Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas*, Hamburg.
- Kaufmann, Stephan; Müller, Tazio (2009): *Grüner Kapitalismus*, Berlin.
- Lessenich, Stephan (2008): *Die Neuerfindung des Sozialen - Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*, Bielefeld.
- Mandel, Ernest; Agnoli, Johannes (1980): *Offener Marxismus*, New York.
- Marx, Karl (1894): *Das Kapital. Dritter Band*, MEW Bd. 25.
- (1867): *Das Kapital. Erster Band*, MEW Bd. 23.
- (1852): *Der 18te Brumaire des Louis Bonaparte*. MEW Bd. 8.
- (1844): *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*. Einleitung MEW Bd. 1.
- Murthy, Viren (2009): Reconfiguring Historical Time, in: *Postone et al. (2009)*, S. 9-30.
- Nyikos, Emmerich (2010): *Das Kapital als Prozess - Zur geschichtlichen Tendenz des Kapitalsystems*, Frankfurt.
- Offe, Claus (2006): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt.
- Postone, Moishe (2003): *Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft*, Freiburg.
- (2005): *Deutschland, die Linke und der Holocaust*, Freiburg.
- (2008): *Kritische Kapitalismustheorie heute : Brenner, Arrighi, Harvey und antikapitalistische Strategien*, Hamburg.
- Postone, Moishe; Murthy, Viren; Kobayashi, Yasuo (2009): *History and Heteronomy*, Tokyo.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie*, Hamburg.
- Sauer, Birgitt (2003): Den Staat verhandeln. Zum Zusammenhang von Staat, Demokratie und Herrschaft, in: Demirovic, Alex (2003): *Modelle kritischer Gesellschaftstheorie*, Stuttgart.
- Stützle, Ingo (2009): To be or not to be Keynesian – ist das die Frage? In: *PROKLA 157*, S. 607-624.
- Ums Ganze (2009): *Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit*, Eigendruck im Selbstverlag.
- Wahl, Peter (2009): Radikaler Realismus. Positionierung emanzipatorischer Politik in der kommenden Reformperiode, in: Candeias, Mario; Rilling, Rainer (2009): *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*, Berlin.
- Werner, Benjamin (2007): *Materialistische Staatstheorie in der Kritik*, Diplomarbeit am FB 03 der Goethe-Universität Frankfurt.
- Wissel, Jens (2007): *Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen*, Baden-Baden.
- Wissel, Jens; Wöhl, Stefanie (2008): *Staatstheorie vor neuen Herausforderungen*, Münster.
- Wolfe, Alan (1977): *The Limits of Legitimacy - Political Contradictions of Contemporary Capitalism*, New York.